

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **70 (1983)**

Heft 8

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

ZH: Gegen die Flut von neuen Lehrmitteln

Im Mittelpunkt der Frühjahrs-Generalversammlung der Vereinigung zürcherischer Schulpräsidenten in Wädenswil hat die Lehrmittelherstellung im Kanton Zürich gestanden. Den Ausschlag zu diesem Traktandum gab eine Resolution der Schulpflege Schlieren, die den Vereinsvorstand ersucht, bei der kantonalen Erziehungsdirektion die Besorgnis der Schulpräsidenten in bezug auf «die steigende Flut neuer technischer Unterrichtshilfen und neuer Lehrmittel» anzumelden.

Nach Ansicht der Schlieremer Schulbehörde gilt es, wie deren Präsident Kurt Frey an der Versammlung ausführte, die Zahl der Lehrmittel einzuschränken, damit einerseits die Lehrerschaft durch die fehlende Kontinuität nicht verunsichert und andererseits der Steuerzahler nicht überstrapaziert wird. Deshalb sei eine ruhigere Gangart bei der Einführung neuer Lehrbücher notwendig. Zu einer Verbesserung des Unterrichts seien nach wie vor die beruflichen und charakterlichen Eigenschaften des Lehrers ausschlaggebend und nicht technische Unterrichtshilfen im Übermass oder immer in rascherer Folge erscheinende neue Lehrmittel. Nach Umwandlung der Resolution in die unverbindliche Form eines Antrages und mit Ergänzungen aus der Versammlungsmitte wurde der Vorstoss einstimmig verabschiedet.

LU: Auf dem Wege zu einer neuen Lehrerbildung für die Orientierungsstufe

Bis Ende 1983 will der Projektierungsstab für die Neustrukturierung der Sekundarlehrerbildung im Kanton Luzern seine Vorschläge dem Regierungsrat zum Entscheid unterbreiten. In Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit mit andern Hochschulen stehe eine solche mit der Universität Fribourg im Vordergrund, erklärte Moritz Arnet, Sekretär im Erziehungsdepartement. Unlängst hat eine schweizerische Arbeitsgruppe ein Modell erarbeitet, das ebenfalls eine gleichwertige Ausbildung der Orientierungsstufenlehrer vorsieht, wie dies im Kanton Luzern seit Jahren angestrebt wird.

SZ: Keine neue Ferienregelung...

Der Vorschlag für eine neue Ferienregelung im Frühling wird dem Schwyzer Erziehungsdepartement nicht unterbreitet. Dies beschloss die Generalversammlung des Lehrervereins des Kantons Schwyz. Die Schwyzer Lehrer sprachen sich aber für den Spätsommerschulbeginn aus.

Damit die Forderung nach einem immer gleich langen Schuljahr erfüllt werden könnte, unterbreitete

der Vorstand der Generalversammlung des Lehrervereins des Kantons Schwyz eine neue Ferienregelung für das Frühjahr. Danach hätten die Frühlingferien immer zwei Wochen betragen sollen, wobei ein fixer Ferienbeginnstermin vorgesehen war. Man wollte vom heute Praktizierten abrücken und nicht mehr die sich jährlich verschiebende Ostern als Wegweiser für die Ferien einsetzen. Mit dem Hinweis, dass die Bestrebungen für den Spätsommerschulbeginn diese Regelung sowieso hinfällig machen werden, wurde der Vorstandsantrag abgelehnt. In einem Vernehmlassungsverfahren befürworteten die Schwyzer Lehrer den einheitlichen Schulbeginn in der ganzen Schweiz. Dazu der Präsident Emil Ulrich in seinem Jahresbericht: «Die Formulierung <zwischen Mitte August und Mitte Oktober> erscheint uns als ungeeignet, diese Regelung hätte lediglich eine Verschiebung des heutigen Problems zur Folge.» Der Lehrerverein konnte sich am ehesten mit der Formulierung «nach den Sommerferien» einverstanden erklären. Obwohl sie überzeugt sind, dass auf Bundesebene eine einheitliche Lösung eingeführt werden müsse, glauben die Schwyzer Lehrer aber, dass es noch sehr lange gehen wird, bis ein eidgenössischer Konsens gefunden werden kann.

Zum Übertrittsverfahren Primarschule–Oberstufe wurde ausgeführt, dass die gemachten Erfahrungen nicht durchwegs zu befriedigen vermögen. Es wurde angeregt, dass man sich nochmals Zeit nehmen solle, eine optimale Lösung auszuarbeiten. Dazu bemerkte der Schwyzer Erziehungsdirektor Karl Bolting, dass es keine Übertrittsmethode gebe, die einwandfrei funktioniere und dass eine Selektion eben nötig sei. «Man muss von den Schülern verlangen können, dass sie sich einer Prüfungssituation stellen, doch muss unnötiger Prüfungsdruck vermieden werden», umriss Bolting das Problem.

AG: Aargauer Grosser Rat: Musikschule abgelehnt

Mit 58 zu 54 Stimmen hat der Grosse Rat des Kantons Aargau die Errichtung einer aargauischen Musikschule zur Ausbildung von Instrumentallehrern abgelehnt. Auch in Zukunft werden musikalische junge Leute anderweitig an Akademien oder Konservatorien Ausbildungsplätze suchen müssen. Ein entsprechendes freisinniges Postulat wurde vom Grossen Rat mit der Begründung zurückgewiesen, dem Problem könne man auch durch eine bessere Ausnützung der im Aargau gegebenen Ausbildungsmöglichkeiten beikommen. Zudem könnten dafür öffentliche Mittel, die zur Kulturförderung bereitstünden, angepasst werden.